



Munich Personal RePEc Archive

**The Euro - a Project without Future?
Calling for European Solidarity and
Tolerance.**

Fischer, Justina A.V.

University of Mannheim, University of Oradea

13 May 2013

Online at <https://mpra.ub.uni-muenchen.de/46944/>

MPRA Paper No. 46944, posted 17 May 2013 23:16 UTC

Der Euro – ein Projekt ohne Zukunft?

Ein Plädoyer für europäische Solidarität und Toleranz

Justina A.V. Fischer

University of Mannheim, University of Oradea

Abstract

Die Eurokrise stellt uns vor die Herausforderung, unsere gemeinsame Zukunft in Europa neu zu verorten. Zuerst beschreibt dieser Artikel eine Zukunftsvision eines *Europas ohne Euro* als Zustand von politischer und wirtschaftlicher Bedeutungslosigkeit. Dagegen stelle ich europäische Werte und Bürgerpflichten, ohne die der Euro als Gemeinschaftswährung nicht bestehen können wird: europäische Solidarität und interkulturelle Toleranz.

Keywords: Eurokrise, Euro, Europa, Solidarität, Toleranz, Bürgerpflicht, Werte, Norm, Aristoteles, Gesellschaftsvertrag

JEL code: F15, F36, F42, F68, G18, H87, O52, Z1

Kontakt:

Department of Economics, University of Mannheim, L7, 3-5, 68131 Mannheim, Germany;
University of Oradea, Department of International Relations, Oradea, Romania.
E-mail: mail@justinaavfischer.de

Der Euro – ein Projekt ohne Zukunft?

Ein Plädoyer für europäische Solidarität und Toleranz

1. *Ein Europa ohne Euro?*

Ein fiktives, mögliches Zukunftsszenario von einem *Europa ohne Euro* in hundert Jahren, also gegen 2150, sähe etwa so aus: Europa ist relativ bevölkerungsarm und deindustrialisiert, international agierende Industrien sind längst mit ihren Logistikzentren und Forschungsabteilungen in die Nähe der neuen Absatzmärkte China, Naher Osten oder Südamerika abgewandert – die Welthandelsströme haben sich umorientiert und Europa an die Peripherie gedrängt. Als komparative Vorteile in der Weltwirtschaft verbleiben Europa wenige Bereiche: Kulturtourismus vor allem ins Mittelmeergebiet, vorzugsweise für Asiaten und Südamerikaner, der Export von Luxusgütern – vor allem Bio-Lebensmittel, hochwertiger Alkohol und klassisch-europäische Haute Couture nach Asien und in die arabische Halbinsel, Bildungsdienstleistungen an Universitäten für Nicht-Europäer (an zweiter Stelle hinter den USA). Viele Europäer, Akademiker wie Nicht-Akademiker, sind in Ermangelung von Jobs in die neuen Wachstumsregionen der Welt emigriert. Politisch kämpfen die europäischen Staaten für ihre jeweiligen nationalen Interessen: Die Südländer haben mit den Nordafrikanischen Staaten eine Mittelmeerallianz gebildet, während Osteuropa unter dem Einfluss Russlands steht. Der Einfluss der Amerikaner beschränkt sich auf Großbritannien, Irland und Deutschland, das wiederum eine strategische Allianz mit den Beneluxländern und Österreich gebildet hat. Die einzelnen europäischen Staaten agieren politisch isoliert, verfolgen Partikularinteressen, und sind Spielbälle der neuen Weltmächte. Die Menschenrechtscharta der UN wurde bereits vor 50 Jahren den Wünschen dieser neuen Weltwirtschaftsmächte angepasst.

Meine Überlegungen gelangen zum dem Schluss: das *Europa ohne Euro* würde in vergangene Kleinstaaterei zurückfallen und in die weltpolitische und weltwirtschaftliche Bedeutungslosigkeit versinken (siehe auch Straubhaar, 2010).

Es ist diese mögliche Zukunftserwartung und geopolitisch fatale Vision, die eines der Hauptargumente für die Beibehaltung des Euros liefert. Bei dem Euro handelte es sich von Anfang an um mehr als nur um ein rein wirtschaftliches Projekt – d.h. die Schaffung eines

gemeinsamen europäischen Absatz- und Produktionsstandortes, oder die Verbilligung der Exporte der Nordländer mittels des Beitritts der wirtschaftlich schwächeren Südländer zu einem gemeinsamen Währungsraum. Die gegenwärtige Eurokrise zeigt, dass mittel- und langfristig der Euro die teilnehmenden Länder zur vertieften Kooperation, auf der politischen, aber auch auf der wirtschaftspolitischen Ebene, und letztlich auch im sozialpolitischen Bereich zwingt (siehe auch Laaser et al., 1993). Meiner Einschätzung nach wird in letzter Konsequenz das *Europa mit Euro* nicht nur eine fiskalpolitische Transferunion ausbilden (müssen), sondern auch gemeinsame soziale Standards entwickeln (müssen). Erst jetzt, etwa 10 Jahre nach Einführung des Euro-Bargeldes, scheint bei den Bürgern Europas die Erkenntnis zu reifen, dass die zunehmende Verflechtung der nationalen Wirtschaften innerhalb der Eurozone, erstens, *in praxi* unumkehrbar ist und, zweitens, zu einer verstärkten Abnahme der nationalen Souveränität geführt hat: politisch wie auch wirtschaftlich sind die Eurostaaten faktisch nicht mehr autark. Aus dem ursprünglich eher binnenmarktlichen Projekt ‚Euro‘ ist eine wirtschaftspolitische, außen- und innenpolitische, aber auch sozial-politische Schicksalsgemeinschaft geworden, die uns Europäer zu einer Zusammenarbeit in bisher nicht gekannter Intensität zwingt, und eine neue politische Vision von ‚Europa‘ kreiert. Dies ist die Lehre, welche wir aus der Eurokrise ziehen sollen und müssten.

2. Notwendige Bürgerpflichten für den Euro mit Zukunft

Bereits Aristoteles hatte erkannt, dass die politische und soziale Schicksalsgemeinschaft aller Bürger, die *Polis*, ohne bestimmte Werte und Einstellungen (*values and attitudes*) ihrer Bürger bzw. ohne Bürgerpflichten (*civic duties*) nicht lebensfähig ist (Aristoteles: *Politika*); die verstärkte europäische Zusammenarbeit und Integration zwecks Sicherung der Zukunft des Euros und Europas kann nur mit Hilfe eines sie stützenden und vertrauengenerierenden Verhaltens- und Wertekodex europäischer Bürger und Politiker gelingen.

Zwei maßgebliche Verhaltensnormen und Bürgerpflichten sollten darin eine zentrale Rolle spielen:

2.1. Stärkung der europäischen Identität und Solidarität

Spätestens im 18. und 19. Jahrhundert haben wir Europäer neben unserer lokalen Identität eine ‚nationale‘ entwickelt – als Folge ereigneten sich diverse nationale Einigungs- und Findungsprozesse. Gegenwärtig müssen die Steuerzahler in Deutschland akzeptieren lernen,

dass sie nicht nur solidarisch sein müssen mit den Berlinern und den Hamburgern, sondern auch mit den Spaniern, den Iren, oder den Rumänen. Schließlich profitierte vor allem der exportstarke Norden der Eurozone von der faktischen Abwertung der eigenen Währungen durch die Euroeinführung, während sich die *terms of trade* für den Süden der Eurozone entsprechend verschlechterten (z.B. Böhmer et al., 2013), so dass, meiner Einschätzung nach, schon aus Gründen der *fairness* dem Süden ein Anteil am ‚Eurogewinn‘ des Nordens gegeben werden sollte. Solidarität verschafft jedoch keine einseitige Vorteilsnahme, sondern fußt auf dem Prinzip der Reziprozität, dem Prinzip der wechselseitigen Hilfeleistung: wer weiß, ob sich in 100 Jahren die wirtschaftlichen Verhältnisse in Europa verkehrt haben werden, und ob wir deutsche Staatsbürger vielleicht dankbar sein werden für die Solidarität besagter Staaten im Süden mit uns – genauso wie sich das frühere Empfängerland Bayern jetzt solidarisch mit Berlin zeigt? Schon die jetzigen transalpinen Finanztransfers innerhalb der Eurozone sind nicht uneigennütziger Natur: eine zunehmend instabile wirtschaftliche Lage im Süden würde, ganz im Sinne von Hobbes und Locke, den dortigen Gesellschaftsvertrag in Frage stellen, somit das soziale und politische Gefüge dieser Staaten untergraben, und schließlich zu Aufständen und Revolutionen führen (Fischer, 2013). Aufgrund der wirtschaftlichen Verflochtenheit der EU Staaten vor allem durch inner-europäische Exporte und Importe würde ein Zusammenbruch der Euro-Südstaaten auch auf die Wirtschaften und Gesellschaften des Nordens negative Auswirkungen haben. Wie im Falle der nationalen Steuertransfers beugt ein institutioneller Rahmen für fiskalische Ausgleichszahlungen der EU möglichem Trittbrettfahren vor (Laaser et al., 1993) – jedoch kann eine gelebte Solidarität innerhalb Europas langfristig nur aufrechterhalten werden auf Basis einer freiwilligen Kooperation und eines intrinsisch motivierten ‚Gebens‘ (Sloterdijk, 2010). Das im Gesellschaftsvertrag festgelegte Prinzip der Reziprozität impliziert jedoch auch die Verpflichtung des nehmenden Staates, mit den EU Transfers verantwortlich umzugehen und das Gemeinwohl (*common good*) zu fördern, d.h., eine eher nicht-konsumtive Politik zu finanzieren, die auf eine nachhaltige und selbsttragende Verbesserung der Lebensverhältnisse ihrer Bürger abzielt (Fischer, 2013).

Solidarität impliziert jedoch nicht nur das Transferieren von Hilfgeldern aus dem prosperierenden Norden in den Süden, sondern unter Umständen auch das Zulassen der Reallozierung von Arbeitsplätzen: in der Vergangenheit hat Deutschland nicht nur Exportüberschüsse generiert, sondern auch aus den EU Nachbarländern Arbeitsplätze ‚importiert‘, da mittels einer übertriebenen Arbeitsmarktderegulierung eine Dumpinglohn-

struktur aufgebaut worden war (Monitor, 2013). Um langfristig einen ‚*race-to-the-bottom*‘ (Sinn, 2003) von solchen Deregulierungspolitiken in der Eurozone zu vermeiden, sollten jedoch nicht nur branchenspezifische Mindestlöhne in Deutschland eingeführt werden; meiner Einschätzung nach müssten ebenso gemeinsame soziale Standards für die gesamte Eurozone angedacht werden. Auf dem Solidaritätsgedanken fußen auch die neuesten Beschlüsse des EU Parlaments zum Zwecke der Beschneidung von Auswüchsen des Bankensektors, um die zukünftige Stabilität des Finanzsektors zu gewährleisten, auch in wirtschaftlich unruhigen Zeiten (Tagesschau, 2013a, 2013b). Die Eurozone benötigt also Solidarität der einzelnen Regierungen der Eurozone untereinander, Solidarität der Bürger eines Eurostaates mit den Bürgern eines anderen Eurostaates, und schließlich Solidarität der Regierung eines Staates mit seinen eigenen Bürgern sowie mit den Bürgern anderer Eurozonen-Staaten.

2.2. Toleranz gegenüber Unterschieden in Kultur und Mentalität

Es sei eingeräumt, dass eine auf Dauer lebensfähige Eurozone eine gewisse (nationale) Haushaltsdisziplin, gemeinsame Werte und Normen, eine gemeinsame Kommunikationsbasis voraussetzt – mit Englisch und möglicherweise auch Spanisch als verbindliche Zweitsprachen. Schließlich drückt der globale Wettbewerb allen EU-Staaten gleichermaßen seinen Stempel auf, und zwingt alle diese Länder gleichermaßen zu mehr Effizienz in der Produktion, zu relativ niedrigen Steuersätzen, zu einem schlankeren Staat (Fischer, 2012). Das Gebot der Toleranz gegenüber anderen Kulturen im Wirtschaften impliziert, wie auch das Gebot der Solidarität, keine Einseitigkeit: nicht nur sollte der fremdländische Arbeitnehmer im Gastgeberland die dort praktizierten Werte und Normen der Bevölkerungsmehrheit akzeptieren, sondern der Arbeitgeber als Vertreter der normgebenden Mehrheit sollte zu einem gewissen Grade die kulturellen Eigenheiten seiner fremdländischen Arbeitnehmer tolerieren. Mit Hilfe dieser Toleranz können wir in Europa gemeinsam einen real existierenden europäischen Arbeitsmarkt kreieren, in Analogie zum bereits existierenden EU-weiten Güter- und Dienstleistungsaustausch – ein gemeinsamer durchlässiger Arbeitsmarkt stellt einen notwendigen Grundpfeiler und Ausgleichsmechanismus dar für eine gemeinsame Währung von wirtschaftlich unterschiedlich strukturierten Ländern (Handelsblatt, 2012, Mundell, 1961). Schon heute wandern trotz Sprachbarrieren tausende arbeitsloser junger Spanier, Griechen und Italiener in den prosperierenden Norden Europas (Destatis, 2013). Im Sinne des Toleranzgebots wäre es ebenfalls inakzeptabel zu erwarten, dass die Bewohner der

Südstaaten ihre Kultur und Eigenheiten völlig aufgeben, nur um sich einem protestantisch-calvinistisch geprägten Diktat des Nordens des ‚besten Wirtschaftens‘ zu unterwerfen; – so gesehen erscheint die derzeitige Diskussion um den Reinhart-Rogoff Artikel (2010) über die Vorzüge der Sparpolitik in einem neuen Licht, welcher in der Analyse die Rolle der protestantischen Volkswirtschaften hatte unbeachtet lassen. Auch hier gilt es, einen gesunden, einen lebenswerten Mittelweg zwischen, um es in Klischees zu formulieren, ‚höchster wirtschaftlicher Effizienz und Pflichterfüllung‘ und ‚südländischem Laissez-Faire und Lebensfreude‘ zu finden: Die nord- und mitteleuropäischen Staaten könnten von den südländischen Bevölkerungen vor allem Gelassenheit, Flexibilität, und Improvisation lernen. Vordringlich sollte die Wirtschaft dem Menschen dienen, und nicht der Mensch der Wirtschaft.

3. Conclusio

Abschließend ist zu folgern: die erfolgreiche Meisterung der Euro-, Finanzmarkt- und Schuldenkrise 2010-2013 fördert nachhaltig eine institutionell, sozial und kulturell vertiefende und vertiefte Integration innerhalb der Eurozone. Dazu gehören auch eine gemeinschaftliche Ordnungs- und Sozialpolitik, d.h. die Schaffung gemeinsamer sozialer Standards, die Angleichung von Steuersätzen, die Harmonisierung der Regulierungen von Sektoren, die Schaffung eines gemeinsamen Arbeitsmarktes und einer Sozialunion, und die Einführung einer Transferunion; langfristig werden auf der EU-Ebene eine weitergehende ‚Konstitutionalisierung‘ (Rittberger und Schimmelpfennig, 2006) d.h. tiefgreifende institutionelle Veränderungen notwendig sein, vor allem eine Zunahme der Aufgabenbereiche der EU sowie eine Demokratisierung. Langfristig wird durch diese Prozesse eine Art ‚Vereinigte Staaten von Europa‘ entstehen.

Ganz im Hegelschen Sinne einer historischen Dialektik treten nun Gegenkräfte auf, welche diese Entwicklung zu verhindern suchen; oftmals zeichnen sich diese Gegenkräfte durch eine Verhaftung in einem alten (rückwärts gewandten) Denken aus: diese Gegenkräfte negieren neu aufgebrochene globale Entwicklungen und die damit verbundene Notwendigkeit, ein gemeinsames wirtschaftlich prosperierendes und friedliches Europa zu schaffen. Meine obigen Ausführungen über die angebrochenen weltwirtschaftlichen Dynamiken lassen den Schluss zu, dass es zum Projekt ‚Euro‘ weder eine politische noch eine wirtschaftlich vernünftige, d.h. zukunftssichernde Alternative gibt: mit Hilfe der von mir geforderten neuen

Bürgerpflichten der europäischen Solidarität und der interkulturellen Toleranz erwächst aus dem Projekt ‚Euro‘ in letzter Konsequenz eine für uns alle Europäer realisierbare Vision von einem politisch und wirtschaftlich geeinten Europa.

4. Nachtrag

Die eingangs beschriebene Zukunftsvision für ein *Europa ohne Euro* mag unrealistisch erscheinen; ihr liegen jedoch schon jetzt stattfindende Entwicklungen und Ereignisse zugrunde, welche ich lediglich ‚extrapoliert‘, in Form einer ‚*ceteris paribus*‘-Prognose fortgeschrieben und überspitzt dargestellt habe. 1.) Meine Hypothese der Produktions-, Forschungs- und Logistikverlagerung fußt auf dem beispielhaften Vorgang der für 2014 vorgesehenen Schließung des Opel-Autoproduktionswerks inklusive seines Logistikzentrums in Rüsselsheim, von dem aus ganz Europa mit Autos und auch Ersatzteilen beliefert wurde (Kiewitt, 2013). 2.) Als Gründe für die Schließung wurden Absatzeinbrüche in Europa angeführt; diese sind sicherlich auch der fortschreitenden Überalterung geschuldet: bereits 2050 werden 30% der europäischen Bevölkerung 60 Jahre und älter sein, und 2050 werden, *ceteris paribus*, bei Vollbeschäftigung 100 Arbeitnehmer 50 Rentner ernähren müssen (BNP, 2011). Bis 2050 wird das durchschnittliche Wachstum in Europa maximal 2% pro Jahr betragen und das pro-Kopf Einkommen wird sinken; Bloom et al. (2011) haben festgestellt, dass sich die Unternehmen in den OECD Ländern strukturell noch nicht auf eine Überalterung ihrer Arbeitnehmerschaft eingestellt haben, was meine Abwanderungsprognose ebenfalls stützt. 3.) Schon jetzt hat die europäische Pharmaindustrie Nordafrika und den Nahen Osten nicht nur als Nischenmarkt entdeckt – die dort wachsende Mittelschicht leistet sich verstärkt westliche medizinische Behandlungsmethoden –, sondern auch als Produktions- und Forschungsstandorte (Böll, 2013; Vifor, 2011; Marks, 2013). 4.) Die Hypothese der Verlagerung der Welthandelsströme ist eine Extrapolation der letzten Vorhersage des IMF: sie prognostizierte die Erholung der Weltwirtschaft (etwa 3,3% Wachstum) unter einem schrumpfenden Europa; die dynamischen Weltwirtschaften lägen bereits jetzt in den Schwellenländern und den USA (FAZ, 2013). 5.) Die vorhergesagte Biolebensmittelproduktion Europas für arabische Länder habe ich aus dem Landgrabbing-Phänomen abgeleitet, das vor allem in Osteuropa stattfindet, und bei dem Investoren aus den Vereinigten Arabischen Emiraten, Katar oder Kuwait an vorderster Front stehen (Lambert, 2013). 6.) Der Kulturtourismus ist bereits jetzt ein wichtiger Motor für neue Arbeitsplätze in

der OECD (OECD, 2009) und schon jetzt enthalten 60% aller Besuche Auswärtiger in Europa eine touristische Komponente. Der vorhergesagte Kulturtourismus aus Asien basiert auf der entsprechenden Wachstumsprognose der *World Tourist Organization* (UN) für Europa; bereits 2011 wird China als Drittplatziertes Land hinsichtlich der Ausgaben für Reisen ins Ausland (nach den USA und Deutschland) geführt (UNWTO, 2012).

Literatur

Bloom, D. E., D. Canning and G. Fink (2011), Implications for Population Aging on Economic Growth, Program on the Global Demography of Aging, working paper No. 64, Harvard University, January 2011. <http://www.hsph.harvard.edu/pgda/working.htm>

BNP (2011), „Entwicklung der Altersstruktur“, 23. Juli 2011, Bundeszentrale für Politische Bildung, <http://www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/europa/70506/entwicklung-der-altersstruktur>, heruntergeladen am 6. Mai 2013

Böhmer, M., J. Limbers und J. Weiß (2013), „Vorteile Deutschlands durch die Währungsunion“, hrsg. v. Bertelsmann-Stiftung, http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xbcr/SID-2A24B24D-12FC0829/bst/xcms_bst_dms_37726_37727_2.pdf, heruntergeladen am 8. Mai 2013

Böll, M. (2013), „Afrika wird interessanter Nischenmarkt für Arzneimittel“, in: Germany Trade & Invest, 6. März 2013, <http://www.gtai.de/GTAI/Navigation/DE/Trade/maerkte,did=773730.html>, heruntergeladen am 6. Mai 2013.

Destatis (2013), „Bevölkerung und Erwerbstätigkeit: Vorläufige Wanderungsergebnisse 2012“, 7. Mai 2013, <https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Bevoelkerung/Wanderungen/vorlaeufigeWanderungen5127101127004.pdf>, heruntergeladen am 8. Mai 2013.

Fischer, J. A. V., (2012), "The choice of domestic policies in a globalized economy: Extended Version," MPRA Paper 37816, University Library of Munich, Germany.

Fischer, J. A. V., (2013), "The Cyprus crisis in the mirror: the ‘small deposit tax’ as historical faux-pas," MPRA Paper 45652, University Library of Munich, Germany.

Handelsblatt (2013), „Schäuble redet Europa klein“, in: Handelsblatt, 21. April 2013, <http://www.handelsblatt.com/politik/konjunktur/nachrichten/kein-wachstumstreiber-schaeuble-redet-europa-klein/8098372.html>, heruntergeladen am 6. Mai 2013

Handelsblatt (2012), „Ein Arbeitsmarkt für ganz Europa“, 5. Juni 2012, <http://www.handelsblatt.com/politik/international/kanzlerin-merkel-ein-arbeitsmarkt-fuer-ganz-europa/6715668.html>, heruntergeladen am 8. Mai 2012

Kiewitt, A. (2013), „Automotive: Opel schließt Lager Bochum. GM-Tochter will Ende 2014 Produktion und Zentrallager aufgeben“, in: Logistik Heute, 29. April 2013, <http://www.logistik-heute.de/Logistik-News-Logistik-Nachrichten/Markt-News/10437/GM-Tochter-will-Ende-2014-Produktion-und-Zentrallager-aufgeben-Automotive-Op>, heruntergeladen am 6. Mai 2013.

Marks, M. (2013), „Ägyptens Pharmamarkt expandiert“, in: Germany Trade & Invest, 17. Januar 2013, <http://www.gtai.de/GTAI/Navigation/DE/Trade/maerkte,did=743928.html>, heruntergeladen am 6. Mai 2013.

Lambert, T. (2013), „Landnahme vor der eigenen Haustür: Auch in Osteuropa boomt das Geschäft mit Ackerland“, http://land-grabbing.de/triebkraefte/nahrungsmittel/fallbeispiel-land-grabbing-in-osteuropa/#_ftn2, heruntergeladen am 6. Mai 2013.

Laaser, Claus-Friedrich et al. (1993) : Europäische Integration und nationale Wirtschaftspolitik, Kieler Studien, No. 255, ISBN 3161461622

OECD (2009), “The Impact of Culture on Tourism: German Translation of the Executive Summary (pages 9-13)“, <http://www.oecd.org/cfe/tourism/42179494.pdf>, heruntergeladen am 6. Mai 2013

Monitor (2013), “Deutschlands Lohnpolitik: Sprengsatz für die Eurozone“, ausgestrahlt am 11. April 2013, <http://www.wdr.de/tv/monitor/sendungen/2013/0411/lohn.php5>, heruntergeladen am 8. Mai 2013, mit Interviews mit Prof. Bofinger und Herrn Flassbeck.

Mundell, R.A. (1961), A Theory of Optimum Currency Areas, *American Economic Review* 51, 509–516

Reinhart, C. M., and K. S. Rogoff (2010), Growth in a Time of Debt, *American Economic Review* 100, 573-78.

Rittberger, B. and F. Schimmelpfennig (2006), Explaining the constitutionalization of the European Union, *Journal of European Public Policy*, 13, 1148–1167.

Sinn, H.-W., 2003, “Social Dumping in the Transformation Process”, in: Helpman, E., and E. Sadka (eds.), *Economic Policy in the International Economy*, Cambridge, Cambridge University Press 2003, 405-430.

Sloterdijk, P. (2010), „Die nehmende und die gebende Seite“, Sonderdruck, Berlin: edition suhrkamp, 2010

Straubhaar, T. (2010), “Die Alternative zum Euro ist der Grenzzaun”, Focus online, 6. Dezember 2010, http://www.focus.de/finanzen/news/staatsverschuldung/tid-20650/schuldenkrise-die-alternative-zum-euro-ist-der-grenzzaun_aid_579128.html, heruntergeladen am 8. Mai 2013

Tagesschau (2013a), „Europäische Bankenaufsicht kommt 2014“, 19. März 2013, <http://www.tagesschau.de/wirtschaft/eu-bankenaufsicht112.html>, heruntergeladen am 8. Mai 2013

Tagesschau (2013b), „EU packt den Deckel auf die Banker-Boni“, 21. März 2013, <http://www.tagesschau.de/wirtschaft/managergehaelter124.html>, heruntergeladen am 8. Mai 2013

UNWTO (2012), “Tourism Highlights 2012”, United Nations World Tourism Organization, http://mkt.unwto.org/sites/all/files/docpdf/unwtohighlights12enlr_1.pdf, heruntergeladen am 6. Mai 2013

Vifor (2011), “Zusammenarbeit von Vifor Pharma und Hikma Pharmaceuticals im Nahen Osten und in Nordafrika“, Pressemitteilung vom 17. August 2011,

http://www.viforpharma.com/de/Media/mediareleases/2011/20110817_439943873_message.php, heruntergeladen am 6. Mai 2013.